

# Von einem Extrem ins andere

## Frankreichs Außenpolitik zwischen Aktionismus und Abwarten

Medard Ritzenhofen\*



**Der internationale Terrorismus und die europäische Flüchtlingskrise bestimmen die französische Außenpolitik. Während Paris demonstrativ Krieg gegen den militanten Islamismus führt, zeigt es sich bei der Koordinierung der massenhaften Zuwanderung aus dem Nahen Osten eher uninspiriert. Mehr denn je ist eine enge deutsch-französische Abstimmung gefordert.**

### Les rêves de la France

La politique étrangère du Quai d'Orsay, menée sous l'impulsion du chef de l'Etat, est marquée par la lutte contre le terrorisme international et la crise migratoire européenne. Alors que Paris entend mener une guerre contre l'islamisme mili-



tant, son action de coordination sur la question des réfugiés du Proche-Orient manque d'inspiration.

Pourtant, plus que jamais une concertation franco-allemande s'impose, comme le constate un récent ouvrage sur « *les rêves français d'une autre Europe* ». Réd.

Die barbarischen Terrorangriffe, von denen Paris im Jahr 2015 heimgesucht wurde, haben Frankreich gezeichnet. Nach den Anschlägen auf die Satirezeitung *Charlie Hebdo* und einen jüdischen Supermarkt im Januar mit 17 Opfern sowie den Massakern im November mit insgesamt mehr als 130 Toten musste die Regierung extreme Maßnahmen ergreifen. Sie verhängte den Ausnahmezustand über das Land und erklärte der Terrororganisation Islamischer Staat – in Frankreich meist *Daesh* genannt – den Krieg. 2015 wird freilich nicht nur als *annus horribilis* in Erinnerung bleiben, sondern auch als eindrucksvolle Demonstration republikanischer Geschlossenheit. Im Schmerz fand die chronisch zerstrittene Nation in bewegenden Zeremonien zu seltener Einheit. Über das politische Gezerre um eine geplante Arbeitsmarktreform ist die *union nationale* indessen längst wieder verlorengegangen. Die kurzfristige Hochachtung, die sich François Hollande dank seiner angemessenen Reaktionen auf die Attentate erwarb, ist erneut in einem Popularitätstief verschwunden.

Auch die Hoffnung des Staatspräsidenten als entschlossener Kriegsherr im Nahen Osten politische Statur zu gewinnen, erfüllt sich nicht. Zwar zeigen die massiven Luftschläge der Koalition gegen *Daesh* Wirkung, doch dabei wird der französische Einsatz an sich kaum wahrgenommen. Wenn Hollande geglaubt hatte, in der westlichen Allianz gegen den Terrorismus die Führung übernehmen zu können, so musste er sich durch Washington und Moskau, die zwischenzeitlich an Paris vorbei die Nutzung des Luftraums über Syrien verhandelten, eines anderen belehren lassen. Überhaupt ist die Situation im Nahen Osten mit ihrer Vielzahl verschiedener Fronten und völlig konträrer Kriegsziele so unübersichtlich, als dass Frankreich in diesem Kriegschaos wegweisende Signale geben könnte. Dass Paris von seiner ursprünglichen Haltung, ein Frieden sei nur mit der Absetzung des syrischen Diktators Baschar al-Assad zu erreichen, stillschweigend abgerückt ist, belegt, dass Frankreichs Stimme im Nahen Osten nicht weit trägt.

\* Medard Ritzenhofen ist freier Journalist.

Keine Frage, die massiven Bombardements des Westens haben *Daesh* in die Defensive gezwungen. Der selbsternannte Islamische Staat verliert deutlich an Boden in der Region und in deren Bevölkerung an Rückhalt. Dass die Dschihadisten dennoch jederzeit in Europa zuschlagen können, belegen die Anschläge in Brüssel im März 2016 auf tragische Weise. Hollande reagierte mit der „totalen Entschlossenheit, den Terrorismus zu bekämpfen und zu besiegen“. Premierminister Manuel Valls befand einmal mehr: „Wir sind im Krieg.“

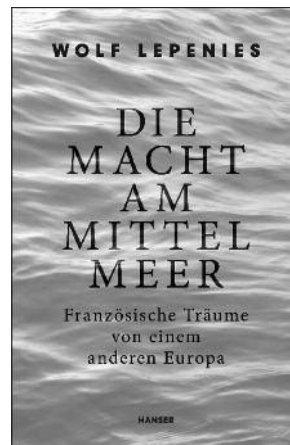
Während die französische Regierung martialische Rhetorik im Kampf gegen den Terror nicht scheut, hält sie sich in der europäischen Debatte um die Flüchtlingskrise auffallend bedeckt. So entschlossen Paris dem Krieg das Wort redet, so unschlüssig agiert es gegenüber der großen europäischen Integrationsherausforderung. Dass François Hollande und Angela Merkel gemeinsam ihren Willen zu einer europäischen Lösung der Flüchtlingskrise bekundeten, ist gut fürs diplomatische Protokoll, kann aber nicht die gegenseitigen Irritationen verdecken. Mit Nachdruck betont Paris, dass man nicht bereit sei, mehr als die vereinbarten 30 000 Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak in den kommenden zwei Jahren aufzunehmen. Dass man in Frankreich die von der Bundeskanzlerin gepflegte Willkommenskultur mit erheblicher Skepsis betrachtet, ist ein offenes Geheimnis. In Merkels „Wir schaffen das“-Optimismus mochte bisher kein französischer Politiker einstimmen. Geradezu ohrenbetäubend war das Schweigen, mit dem Paris die Idee Berlins quittierte, mit Ankara über die Lösung der Flüchtlingskrise ins Geschäft zu kommen. Allerdings muss sich die Bundeskanzlerin fragen lassen, warum sie den Deal mit der Türkei ohne vorherige Absprache mit Hollande einfädelt. Wo die Europäische Union auf so gravierende Weise herausgefordert ist, kann eine langfristige Lösung nur gelingen, wenn Paris und Berlin in enger Abstimmung handeln.

Die vielbeschworene deutsch-französische Achse, die in der Vergangenheit schon so manchen Karren aus dem Dreck gezogen hat, erscheint in dieser Krise wenig belastbar. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, jeder mache sein Ding. Frankreich führt Krieg gegen den Terrorismus, Deutschland

sorgt sich um die Flüchtlinge. Aufgabenteilung mag in gewissen Situationen geboten sein, die gegenwärtige Herausforderung Europas ist jedoch so elementar, dass sie nur auf Grundlage einer deutsch-französischen Interessenidentität gemeistert werden kann.

## Der südlichen Hemisphäre verbunden

Angesichts der aktuell auseinanderstrebenden Prioritäten und Perspektiven, mit denen Paris und Berlin auf die hochkomplexe Gemengelage reagieren, lohnt ein Blick auf die jeweilige sich aus der Geographie und Geschichte ergebende außenpolitische Matrix der beiden Länder. So ist das ans Mittelmeer grenzende Frankreich immer sehr viel stärker nach Süden hin orientiert gewesen als Deutschland, dessen Kernland einmal Preußen war. Der langjährige Rektor des Berliner Wissenschaftskollegs Wolf Lepenies hat die „Latinität“



Frankreichs in seinem letzten Buch *Die Macht am Mittelmeer* (Hanser Verlag) nachdrücklich in Erinnerung gerufen. Nicht nur stand Frankreichs zivilisatorische Wiege am römischen *mare nostrum*, auch sein berühmtes *savoir vivre* speist sich wesentlich aus mediterranen Quellen.

Dass sich aus dieser lateinischen Positionierung immer wieder französische Träume von einem „anderen Europa“ (so der Untertitel) ergaben, legt der Autor an Hand der südländischen Ambitionen Frankreichs dar. Der wichtigste Vorstoß in dieser Hinsicht war das von dem früheren Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy 2007 lancierte Projekt einer *Union Méditerranéenne*, die sämtliche Anrainer des Mittelmeers umfassen sollte. Nach der deutschen Einheit und der folgenden europäischen Gewichtsverlagerung nach Osten wollte Sarkozy mit der Mittelmeerunion eine geopolitische Korrektur der Macht- und Einflussbereiche

innerhalb der Europäischen Union vornehmen. Dies stieß auf entschiedenen Widerstand von Angela Merkel, die durchsetzte, dass die gesamte EU an dem Projekt beteiligt wurde. Die „korrigierte Mittelmeerunion“ (unbenannt in *Union pour la Méditerranée*) verlor ihren exklusiven Charakter und wurde als Machthebel für Paris uninteressant. Entsprechend schnell geriet das Projekt aus dem französischen und dem europäischen Fokus. So lässt sich nur darüber spekulieren, ob eine effiziente Mittelmeerunion *à la française* die geeignete Plattform für eine Lösung der gegenwärtigen Probleme wäre.

Unabhängig davon fühlt sich Frankreich mit Blick auf seine ehemaligen Kolonien im Maghreb und einer nach wie vor intensiven Afrika-Politik immer noch der südlichen Hemisphäre verbunden. Gerade die Levante war mit Syrien als ehemaliges französisches Mandatsgebiet stets eine Drehscheibe politischer und wirtschaftlicher Interessen Frankreichs. Der militärische Einsatz des Flugzeugträgers *Charles-de-Gaulle* im östli-



chen Mittelmeer ergibt sich nicht zuletzt aus der dortigen vormaligen französischen Monopolstellung. So unbestritten die historische Verantwortung Frankreichs rund um das Mittelmeer ist, so umstritten sind dessen heutige Vorstöße in der Region. So war es der unter französischer Führung herbeigeführte Sturz des Diktators Muammar al Gaddafi 2011, der Libyen ins Chaos stürzte. Dass weder Paris noch der Westen strategische Ideen für eine Neuordnung des Nahen Ostens haben, rückt auch deren Bombardements in ein zweifelhaftes Licht.

In seinem Buch, das er als ein Plädoyer für ein „Meer der gerechten Mitte“ versteht, ruft Wolf Le-

penies so unterschiedliche Köpfe wie die Philosophen Alexandre Kojève und Hannah Arendt, den Historiker Fernand Braudel oder die Schriftsteller Albert Camus und Paul Valéry in den Zeugenstand. Doch Frankreichs Optionen für eine „lateinische Politik“ fußen letztendlich eher auf intellektuellen Gedankenspielen denn auf realpolitischen Bedingungen. Selbst der Buchtitel ist in dieser Hinsicht missverständlich. Denn Frankreich ist viel weniger Macht am Mittelmeer als Motor in Europa. Nach 1945 erinnerte sich Frankreich mit Robert Schuman und Jean Monnet nicht seines romanischen, sondern seines karolingischen Erbes und warf sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale Kerneuropas, das in etwa den Konturen des Reiches von *Charlemagne* entsprach. Später war es die Europapolitik von Charles de Gaulle, die die deutsch-französische Achse zum Rückgrat der europäischen Einigung machte. Dass sämtliche Nachfolger des Generals im Präsidentenamt an der Nachkriegsneuorientierung der französischen Außenpolitik festgehalten haben, sollte Richtschnur für alle künftige Politik des *Elysée*-Palastes sein. Ebenso darf die Bundeskanzlerin nicht die gute außenpolitische Tradition der engen Abstimmung mit Paris aus den Augen verlieren. Es wäre fatal, sollte Angela Merkel bei ihrem Streben um eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise als *cavalière seule* vorpreschen. Politische Alleingänge machen einsam. So stark Deutschland wirtschaftlich auch wirkt, ohne Frankreich geht es in internationalen Belangen bestenfalls als Scheinriese durch. Dass mit dem neuen französischen Außenminister Jean-Marc Ayrault ein ausgewiesener Deutschlandkenner an der Spitze des *Quai d'Orsay* steht, gibt angesichts der deutsch-französischen Entfremdung Hoffnung auf neue Harmonie.

In der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus ist Europa als bedrohte Schicksalsgemeinschaft herausgefordert, während es sich gleichzeitig in dem Flüchtlingsdrama als humanitäre Wertegemeinschaft zu bewähren hat. Wenn es überhaupt eine vage Chance gibt, diese epochale Doppelaufgabe zu bestehen, müssen Paris und Berlin mit einer Stimme sprechen. Die derzeit taumelnde EU bedarf mehr denn je wieder des stabilen Kerns.